



Populismus und Europaskeptizismus in Griechenland: links und rechts geeint

Heinz-Jürgen Axt, Universität Duisburg-Essen

Es gibt in der Europäischen Union fünf Staaten, in denen populistische bzw. europaskeptische Parteien die Regierung übernommen haben, oder diese zumindest stützen.¹ Dazu zählen Finnland, Polen, Ungarn, Dänemark und Griechenland. In Finnland haben sich eine liberale und eine zentristische Partei mit den rechtsorientierten „Wahren Finnen“ zusammengetan, die sich durch Europaskeptizismus und Kritik an der Zuwanderungspolitik auszeichnen. In Polen regiert die gemäßigt EU-skeptische und rechts-populistische Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS). In Ungarn hat der Ungarische Bürgerbund (Fidesz) die Regierung übernommen, der als rechtspopulistische Partei einen autoritären und nationalistischen Politikstil pflegt. Die EU-kritische „Dansk Folkeparti“ stützt in Dänemark eine Minderheitsregierung und hat mit dazu beigetragen, dass das Land seine Einwanderungspolitik verschärft hat. Unter den genannten Ländern sticht Griechenland hervor, weil die Regierung aus einer parteipolitisch einmaligen Koalition besteht: einer systemkritisch-linkspopulistischen und einer konservativ-rechtspopulistischen Partei.

Politische Lager in Griechenland

Im griechischen Parlament haben Parteien, die der EU kritisch bis ablehnend gegenüberstehen, eine deutliche Mehrheit. 197 von 300 Abgeordneten distanzieren sich von der EU mehr oder weniger stark. Die Kommunistische Partei (Kommounistikó Kómma Elládas, KKE) und die Goldene Morgenröte (Chrysi Avgy, XA) stellen den extremen Rand des griechischen Parteienspektrums dar und lehnen die EU grundsätzlich ab. Zwei weitere Parteien lehnen die EU zwar nicht prinzipiell ab, pflegen aber einen populistischen Politikstil, der immer wieder veranlasst, gegenüber der EU auf Distanz zu gehen. Es handelt sich um die parteipolitisch rechts zu verortenden Unabhängigen Griechen (Anexartiti Ellines, ANEL) und die linke SYRIZA (Synaspismos Rizospastikis Aristeras, Koalition der radikalen Linken). Beide bilden nach den Wahlen vom 25. Januar 2015 eine Koalitionsregierung.

Von den insgesamt acht im griechischen Parlament vertretenen Parteien können vier dem proeuropäischen Lager zugerechnet werden (Abbildung 1).² Es sind diese (jeweils mit dem bei den letzten Wahlen vom 20. September 2015 erzielten Stimmenanteil und der Zahl der Abgeordneten):

- die Neue Demokratie (Nea Dimokratia, ND) mit 28,1 Prozent und 75 Abgeordneten,
- die Wahlgemeinschaft von PASOK (Panellinio Sosialistiko Kinima, Panhellenische Sozialistische Bewegung) und DIMAR (Dimokratiki Aristera, Demokratische Linke) mit einem gemeinsamen Stimmenanteil von 6,3 Prozent und insgesamt 17 Abgeordneten sowie
- To Potami (Der Fluss) mit 4,1 Prozent und 11 Abgeordneten.

Dem populistischen und euroskeptischen Lager zuzurechnen sind:

- SYRIZA mit 35,5 Prozent und 145 Abgeordneten und
- ANEL mit 3,7 Prozent und 10 Parlamentariern.

Am extremen politischen Rand mit antieuropäischem Profil finden sich:

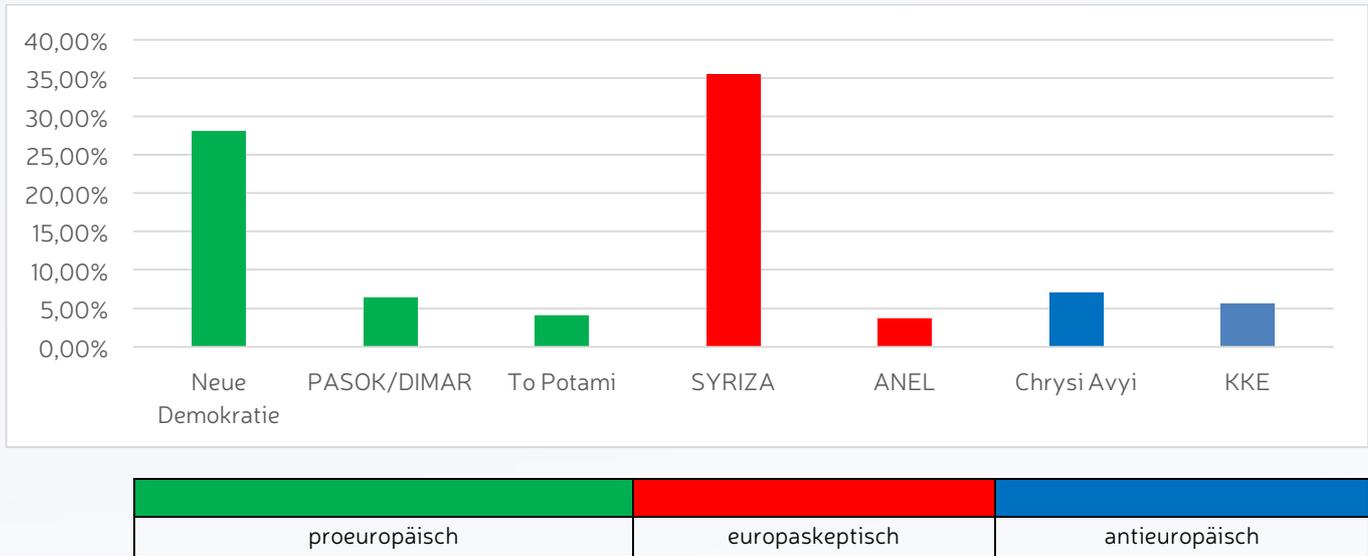
- die drittstärkste Partei Goldene Morgenröte mit 7 Prozent und 18 Abgeordneten und
- die KKE mit 5,6 Prozent und 15 Parlamentariern.

¹ Vgl. Parties and Elections in Europe (<http://www.parties-and-elections.eu/greece.html>, Abruf 26.12.2017 und Julia Klein, Europapopulismus – ein genuines Phänomen im europäischen Krisenkontext? In: Integration, 39 (2016) 4, S. 283-303.

² Es sind 8 Parteien, wenn man die in einer Wahlgemeinschaft zusammengeschlossenen Parteien PASOK und DIMAR getrennt zählt.

Abbildung 1:

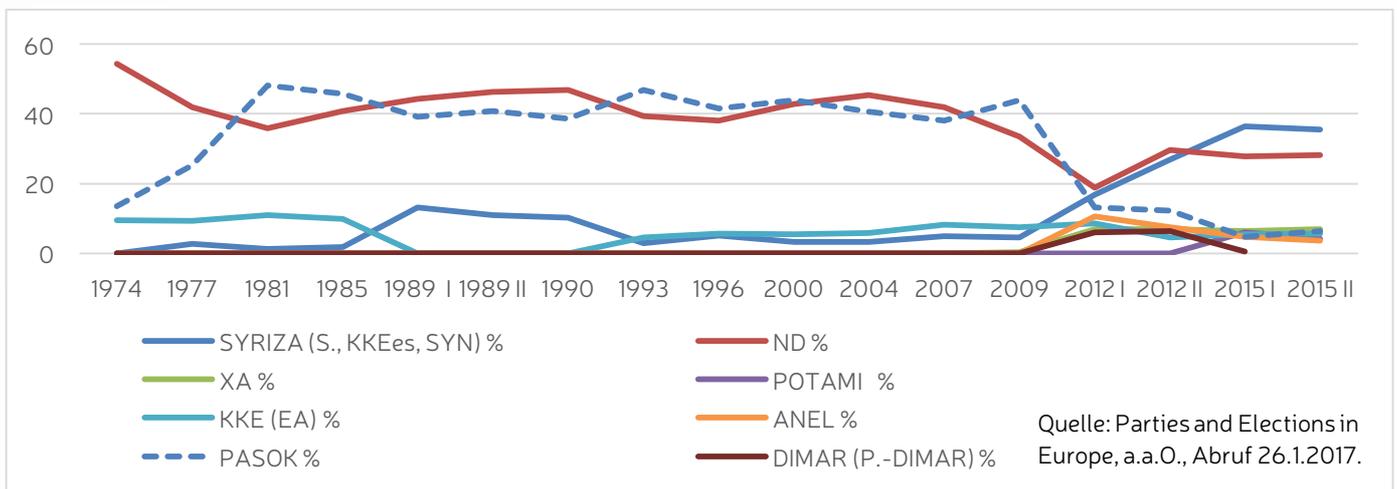
Drei politische Lager im griechischen Parlament (Ergebnisse der Wahl vom 20.9.2015)



Bevor eine Typologie des Populismus entwickelt und auf einzelne Parteien in Griechenland eingegangen wird, soll die Entwicklung des griechischen Parteiensystems seit Wiederherstellung der Demokratie im Jahr 1974 dargestellt und soll insbesondere der Frage nachgegangen werden, welche Rolle die Schulden- und Finanzkrise seit 2009 für die Herausbildung und Stärkung populistischer und extremer Parteien gehabt hat. Bei den Wahlen von 1974 hat sich ein Grundmuster des Parteiensystems herausgebildet, das für die folgenden Jahrzehnte Bestand haben sollte: Die damals vehement für den EU-Beitritt eintretende Neue Demokratie etablierte sich als dominante politische Kraft, die allerdings durch die in den Folgewahlen rasant aufsteigenden PASOK-Sozialisten herausgefordert wurden (Abbildung 2). 1981 war die PASOK siegreich und übernahm die Regierung. Griechenland hatte von 1974 bis zu der Wahl von 2012 ein „Zweieinhalb-Parteiensystem“ mit zwei dominanten Parteien, Neue Demokratie und PASOK, sowie den Kommunisten als dritter Kraft, die um die 10 Prozent bei Wahlen erreichen konnte. Nach dem Ausbruch der Schuldenkrise erzielte SYRIZA bei der Wahl von 2012 beachtliche Gewinne. Von 4,6 Prozent im Jahr 2009 verbesserte sich die Partei 2012 auf 16,8 Prozent. Im Januar 2015 waren es dann 36,3 Prozent. Die Regierungsübernahme folgte. Mit dem Aufstieg von SYRIZA ging der dramatische Abstieg der PASOK einher. Anders als die PASOK konnte sich die Neue Demokratie nach dem Einbruch von 2012 wieder erholen und ist heute stärkste Oppositionspartei. Auch ANEL als Koalitionspartner von SYRIZA ist ein Produkt der Krise. 2012 trat die Partei erstmalig zur Wahl an. Das Wahlergebnis von 2012 mit 10,6 Prozent konnte die Partei aber nicht halten, im September 2015 waren es bloß noch 3,7 Prozent. Potami und Dimar dürften Wähler von der PASOK abgezogen haben. Ein Produkt der Krise ist schließlich auch die Goldene Morgenröte. Bei der Wahl von 2009 kam sie auf 0,3 Prozent, konnte aber bereits bei der Folgewahl 7,0 Prozent erreichen – ein Stimmenanteil, den sie bis zur letzten Wahl halten konnte.

Abbildung 2:

Wahlen in Griechenland von 1974 bis 2015 (ausgewählte Parteien)



Populismus – ein pragmatischer Klassifizierungsansatz

Populismus entzieht sich in der Regel einer einfachen Klassifizierung und Definition. Die Unschärfe des Begriffs spiegelt wieder, was den politischen Erfolg dieser Politik ausmacht. Konsens lässt sich schon eher darin finden, dass Populismus eine Strategie zum Machterwerb darstellt. Folgt man Karin Priester, dann ist Populismus ein Relationsbegriff, weil er sich permanent neuen Bezugssystemen anpasst und sich zu ihnen in eine Anti-Beziehung setzt. Herauskommt ein „Set von bestimmten (nicht beliebigen) Merkmalsbestimmungen, die aber nicht substantiell determiniert werden, sondern sich erst in unterschiedlichen Kontexten aktualisieren“.³ Populismus verfügt über ein ideologisches Minimum, mit dem der Antagonismus zwischen Volk und Elite konstruiert wird, so wie es Cas Mudde beschrieben hat. Dem „reinen Volk“ steht die „korrupte Elite“ gegenüber und Populisten fällt die Aufgabe zu, den Volkswillen zur Geltung zu bringen.⁴ Als Grundmerkmale des Populismus können die folgenden gelten: Berufung auf den Common Sense, Ablehnung der Eliten, Polarisierung und Personalisierung von Politik, Anti-Intellektualismus, Institutionenfeindlichkeit und Angebot von „einfachen Lösungen“.

Aus heuristischen und erkenntnispragmatischen Gründen sollen zur Einordnung der hier zu untersuchenden Parteien die folgenden Merkmale dienen: Inanspruchnahme, Repräsentant des Volkes zu sein. Dazu kommt die Antihaltung gegenüber dem „Establishment“, dem Pluralismus, dem Individualismus, der Globalisierung und dem freien Markt. Die Haltung gegenüber der EU, der Europäischen Währungsunion, der Einwanderung und dem Islam ist distanziert. Eine aktive Rolle des Staates wird befürwortet, der Nationalismus ebenso. Aus der distanzierten Haltung gegenüber Globalisierung und Europäisierung folgt eine Nähe zu Russland.

Populistische und extreme Parteien sind nicht als identisch zu betrachten. Wenn es z.B. um Rechtsextremismus geht, schlägt Richard Stöss eine differenzierte Typologie vor, die beim gemäßigt nationalistischen und fremdenfeindlichen sowie eher systemkonformen Typ anfängt und beim (neo-)faschistischen und (neo-)rassistischen systemfeindlichen Typ endet.⁵ Danach wäre die Systemfeindlichkeit ein maßgebliches Kriterium, das auch auf politische Kräfte anwendbar wäre, die als linksextrem eingestuft werden. In der deutschen Diskussion hat sich freilich eine Auffassung durchgesetzt, die nicht vom „System“, sondern vom demokratischen Verfassungsstaat ausgeht. Extremistisch ist danach, wer die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ in Frage stellt. Der Rechtsextremismus tut das, indem er die Gleichheit der Menschen verneint, während der Linksextremismus das Gleichheitsdogma verabsolutiert, wie Eckart Jesse argumentiert.⁶ Wie sich am Beispiel Griechenland zeigen wird, sind die Übergänge vom Populismus zum Extremismus mitunter fließend. In der SYRIZA-Fraktion des Athener Parlaments fanden sich bis zur Wahl vom September 2015 Politiker, die nicht nur populistisch agierten, sondern eine antikapitalistisch-kommunistische Agenda verfolgten.

Syriza – ein linkspopulistisches Produkt der Krise

Wie aufgezeigt hätte SYRIZA wohl ohne die im Herbst 2009 offenkundig werdende Krise keine Chance gehabt, zur stärksten politischen Kraft aufzusteigen und gar die Regierung zu übernehmen.⁷ Als SYRIZA im Januar 2015 die Regierung übernahm, war die Partei darauf nicht vorbereitet, hatte kein Konzept und musste sich das linksradikale Lager erst einmal neu sortieren. Der Populismus ebnete der Partei den Weg zur Macht, gab aber kein konsistentes und unter den Bedingungen der Krise zu realisierendes Programm an die Hand. Das breite ideologische Spektrum von SYRIZA aus der Vergangenheit, das Versatzstücke aus dem Kommunismus orthodoxer und eurokommunistischer Varianz aufnahm und es mit der ökologischen und anderen sozialen Bewegungen vermischte, kristallisierte sich in der Parlamentsfraktion zu zwei Hauptlinien heraus: einer eher populistisch-sozialdemokratisierenden und einer kommunistisch-traditionalistischen Richtung. Was die Parlamentsfraktion anging, konnte sich erst mit den Wahlen vom September 2015 die erste Richtung durchsetzen.

SYRIZA ist als Parteineugründung erst 2012 aus dem Parteibündnis Synaspismos hervorgegangen, dessen Konstituierung 1989 erfolgte.⁸ Die im Bündnis ebenfalls vertretenen dogmatischen Kommunisten der KKE traten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion aus der Koalition aus, während die Eurokommunisten dort weiter mit sozialistischen, ökologischen, trotzkistischen und maoistischen Gruppen zusammenarbeiteten. In der Parteimitgliedschaft sind Akademiker und Beschäftigte im öffentlichen Dienst überrepräsentiert. Antikapitalismus, Globalisierungskritik, Anti-amerikanismus und Euroskeptizismus haben die SYRIZA-Strategie von Anfang an geprägt. Im Europäischen Parlament ist SYRIZA Mitglied der Fraktion Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke.

Bei SYRIZA trifft zu, was als Kennzeichen des Populismus gilt: Strategie zum Machterwerb zu sein. Anhänger wurden mobilisiert, indem die bislang dominierenden Parteien PASOK und Neue Demokratie für die Krise mit ihren ökonomischen und sozialen Verwerfungen verantwortlich gemacht wurden. Die Wahl von SYRIZA war zugleich eine Abwahl dieser Parteien, die mit dem Establishment identifiziert wurden. Der Wahlkampf von SYRIZA wurde mit dem Antagonismus von Volk versus Elite bestritten.

³ Vgl. Karin Priester, Wesensmerkmale des Populismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 62 (2012) 5-6, S. 3-9, hier S. 3 f.

⁴ Vgl. Cas Mudde, *The Populist Zeitgeist*, in: *Government and Opposition*, 39 (2004) 3, S. 541-563, hier S. 543.

⁵ Vgl. Richard Stöss, *Rechtsextreme Parteien in Westeuropa*, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss/Melanie Haas, (Hrsg.), *Die Parteiensysteme Westeuropas*, Wiesbaden 2006, S. 521-563.

⁶ Vgl. Eckhard Jesse, *Formen des politischen Extremismus*, in: Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), *Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme*, Berlin 2004, S. 7-24.

⁷ Zum Folgenden vgl. ausführlich Heinz-Jürgen Axt, *Griechenlands neue Regierung: Wahlversprechen und Realpolitik*, in: *Integration* 38 (2015) 2, S. 103-128.

⁸ *Synaspismos tis aristeras ton kinimatou ke tis ikologias*, Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie.

Parteiprogramme spielen in Griechenland eine vergleichsweise geringe Rolle. Soweit sich SYRIZA programmatisch geäußert hat, wurden einfache und radikale Lösungen offeriert. Im „Thessaloniki-Programm“ von 2014, das lediglich eine Rede des Parteiführers Alexis Tsipras war, hat SYRIZA die Wahlversprechen vor den Januar-Wahlen 2015 formuliert. Tsipras kündigte an, mit den Gläubigern zu verhandeln, um folgende Ziele durchzusetzen: Erlass des größeren Teils der griechischen Schulden, Einberufung einer europäischen Schuldenkonferenz, Moratorium des Schuldendienstes, Finanzierung öffentlicher Investitionen durch die Europäische Zentralbank (EZB), direkte Staatsanleihenkäufe durch die EZB und Reparationszahlungen durch Deutschland.

Zwar lehnt SYRIZA die EU nicht grundsätzlich ab, aber wenn es um Verpflichtungen geht, glaubt man, diese ignorieren zu können wie z. B. die Grenzen maximaler Verschuldung im Währungsraum. Den Europartnern bleibe sowieso nichts Anderes übrig, als dem verschuldeten Griechenland beizustehen, damit die Eurozone nicht in sich zusammenbricht. Dass mit Kreditzusagen Auflagen einhergehen, wird brüsk zurückgewiesen. Konsolidierung des Staatshaushalts, Abbau der Staatsverschuldung und Reformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sind kein Thema. Von freien Märkten hält die Partei wenig, mehr dafür von Staatseingriffen. Nationalistische Stimmungen werden bedient durch eine scharfe Frontstellung gegenüber Deutschland. Besonders die Bundeskanzlerin und der deutsche Finanzminister wurden von SYRIZA als „Zuchtmeister“ gebrandmarkt und mit dem Nazismus in Verbindung gebracht. Statt sich, so wie die Vorgängerregierung, Deutschland zu „unterwerfen“, wollte SYRIZA eine breite Allianz in Europa formieren.

Weitreichend waren die Wahlversprechen, was die Lebensbedingungen der Griechen anging. Öffentliche Investitionen sollten massiv steigen, Gehälter und Renten angehoben werden, Beschäftigung steigen und der Sozialstaat gestärkt werden. Bedürftige sollten Strom- und Essenzuschüsse erhalten. Mieten sollten subventioniert werden. Freier Zugang zu medizinischer Versorgung sollte gewährt werden. Dabei gab sich die Partei überzeugt, dass das Programm auch unter Krisenbedingungen zu finanzieren sei.

Zur Außenpolitik hat sich SYRIZA vor der Regierungsübernahme kaum geäußert. Lediglich einige traditionelle Kernbestände der griechischen Linken hatte man im Angebot wie Austritt aus der NATO, Schließung ausländischer Militärbasen, Beendigung der Zusammenarbeit mit Israel und Beendigung griechischer Beteiligung an Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) in Afghanistan und auf dem Balkan. Gegenüber der Türkei wollte man immerhin die Beziehungen stabilisieren, bei der Namensfrage mit dem Nachbarstaat Mazedonien konzessionsbereiter auftreten und der türkischsprachigen Minderheit in Nordgriechenland entgegenkommen. Wenn es um die Beziehungen zu Russland geht, taucht das klassische Populismustypus auf: Russland nimmt die Rolle eines potentiellen Partners ein, der Griechenland mit Krediten aushelfen kann, weshalb auch kein kritisches Wort zur Annexion der Krim durch Russland fiel. Im Europäischen Parlament stimmten am 14. Januar 2015 SYRIZA-Politiker gegen eine Entschließung, die „Russlands aggressive Expansionspolitik auf das Schärfste“ in der Ukraine verurteilte.

Den starken Worten hat die SYRIZA-geführte Regierung nicht ebensolche Taten folgen lassen können. Weder wurden die Memoranden beseitigt und verzichteten die Partner darauf, die Finanzhilfen mit Auflagen zu versehen, noch konnten die sozialpolitischen Verheißungen umgesetzt werden. An der Zugehörigkeit zur EU wurde zwar nicht gerüttelt, doch den Prinzipien der Währungsunion unterwarf man sich nur widerwillig und häufig genug erst in allerletzter Minute.⁹ Ankündigungen einer Annäherung an Russland blieben ohne Taten. Die Regierung bat die Europartner um immer neue Kredite und verunglimpfte sie gleichzeitig harsch auf den Straßen. Das europäische Ausland musste als Sündenbock für die wenig befriedigenden Zustände in Griechenland herhalten. Einen Widerspruch kann SYRIZA dabei bislang aushalten: Sich einerseits als Repräsentant des (leidenden) Volkes zu präsentieren, andererseits aber wenig dazu beizutragen, dass Griechenland ökonomisch gesundet und notwendige Reformen durchgesetzt werden. Angesichts der relativen Erfolgslosigkeit bei der Realisierung von Wahlversprechen könnte sich in Griechenland ein Strategiewechsel andeuten: Sobald der Populismus nicht mehr zur Machtsicherung taugt, könnte er durch klientelistische Netze ersetzt werden. Als SYRIZA die Macht übernahm, stand der Partei dieses Instrument nicht zur Verfügung, hatte sie doch wenig Zugang zu den dafür notwendigen Ressourcen. Mittlerweile jedoch hat sich das geändert. Besonders im Öffentlichen Dienst kann es nur von Vorteil sein, zu SYRIZA zu stehen. Entsprechend wurden Führungspositionen „linientreu“ vergeben, aber auch die hinreichend bekannt gewordenen Putzfrauen im Finanzministerium wurden von SYRIZA hofiert.¹⁰

Vereinigte SYRIZA vom Ursprung her ein heterogenes Parteispektrum, das kommunistische Elemente ebenso aufgriff wie sozialdemokratische Versatzstücke und ökologische sowie feministische Bewegungsmomente, so schälte sich erst Mitte 2015 das linkspopulistische Muster als dominant heraus. Der Grund war darin zu sehen, dass sich SYRIZA vom kommunistischen Flügel trennte, der auf ungefähr ein Drittel der Parteimitgliedschaft geschätzt wurde. Aus Protest gegen die Reformauflagen des am 12. Juli 2015 zugesagten dritten Hilfspakets verließen 25 Abgeordnete vom linken Flügel die Regierungspartei und gründeten eine eigene Parlamentsgruppe. Später firmierten die Abtrünnigen unter dem Parteinamen Laiki Enotita (Volkseinheit). Ende August 2015 trat Tsipras als Ministerpräsident zurück, um Neuwahlen zu erzwingen. Als Parteivorsitzender konnte er die Kandidaten für die Fraktion benennen und die extreme Linke ausschließen.

Zusammenfassend qualifiziert sich SYRIZA als linkspopulistische Partei, indem sie sich als „Stimme des Volkes“ gegen das Establishment erhebt, wozu mittlerweile allerdings auch SYRIZA gehört. Parteiführer Tsipras gelang es, indem er sich die Personalisierung von

⁹ Vgl. im Detail Heinz-Jürgen Axt, Griechenlands neue Regierung..., a.a.O.

¹⁰ 595 Putzfrauen hielten 2015 monatelang eine Mahnwache vor dem Finanzministerium ab, um gegen ihre Entlassung zu protestieren und ihre Einstellung zu erzwingen. SYRIZA unterstützte sie mit Nachdruck.

Politik zunutze machte, einerseits die in Griechenland verbreitete Sehnsucht nach charismatischen Politikern zu erfüllen, andererseits als Mann ohne Verbindung zu den bisher in Griechenland dominierenden politischen Familien der Karamanlis, Papandreous und Mitsotakis aufzutreten. Den Wählern wurden einfache Lösungen offeriert, die Verantwortung für die Krise bei den alten Eliten abgeladen und von den EU-Partnern uneingeschränkte und bedingungslose Unterstützung eingefordert. Das sowieso stark ausgeprägte utilitaristische EU-Verständnis wurde auf die Spitze getrieben. Und schließlich wurden nationalistische Empfindungen bedient, indem dem europäischen Norden vorgehalten wurde, zulasten des Südens übermäßig von der Einführung des Euros profitiert zu haben. Darüber hinaus wurde besonders Deutschland als Hegemon diffamiert.

ANEL – die rechte Variante des Populismus

Das herausstechende Merkmal von ANEL ist die „dünne Ideologie“, wie sie von Forschern als Kennzeichen von Populismus benannt wird.¹¹ ANEL, vom Ursprung her konservativ, ist ein Konglomerat, um an Macht und Ressourcen zumindest beteiligt zu sein. Die Partei wurde am 24. Februar 2012 von Panagiotis Kammenos gegründet. Zehn frühere Abgeordnete der Neuen Demokratie waren die Gründungsmitglieder. Kammenos war aus der Neuen Demokratie ausgeschlossen worden, weil er gegen die Kreditvereinbarung mit dem IWF und den Europartnern gestimmt hatte. ANEL stellte seine Gründungserklärung am 11. März 2012 im Dorf Distomo vor, wo 1944 die deutsche Waffen-SS ein Massaker verübt hatte. So wie SYRIZA appelliert ANEL an antideutsche Ressentiments. Reparationszahlungen von Deutschland verlangt auch Kammenos. Die Ablehnung der Euro-Rettungspolitik kombiniert ANEL mit Nationalismus, Militarismus, Islamfeindlichkeit und Xenophobie. Gegenüber dem Nachbarstaat Mazedonien ist ANEL ebenso unversöhnlich wie gegenüber der Türkei. Zu Russland und Serbien sind versöhnliche Töne zu vernehmen, handelt es sich doch hier laut Kammenos um orthodoxe Brüder. Die Bindung an die Kirche ist für ANEL von Bedeutung.

Müsste man annehmen, dass ANEL eigentlich mit dem Linkspopulismus von SYRIZA in einer gemeinsamen Koalition permanent in Konflikt geraten müsste, so ist das nicht der Fall. Es genügt ANEL offensichtlich, immer wieder mal eigene ideologische Duftmarken zu setzen, um die eigenen Anhänger zu befrieden, ansonsten aber die Teilhabe an der Regierungsmacht zu genießen. Große Forderungen kann die Partei angesichts ihrer schwachen Wahlergebnisse sowieso nicht stellen. Doch SYRIZA benötigt einen Koalitionspartner, ohne den keine Mehrheit im Parlament zu erlangen ist. Da konnte man sich mit ANEL einigen, weisen doch beide Parteien populistische Schnittmengen auf. Die Koalition mit SYRIZA hat das politische Gewicht von ANEL geschwächt. Erreichte die Partei bei der Wahl von 2012 noch 10,6 Prozent der Stimmen, so waren es im Januar 2015 nur noch 4,8 Prozent, die man in die Koalition mit SYRIZA einbringen konnte. 2012 konnte sich ANEL noch als konservative Kraft gegen die Regierung der Neuen Demokratie profilieren, die um finanzielle Unterstützung bei den EU-Partnern nachsuchte. Dieser Vorteil im Parteienwettbewerb verlor an Gewicht, als man sich mit SYRIZA zusammentat. Im September 2015 hatte die Partei erneut Wahlverluste hinzunehmen, erreichte man doch gerade einmal einen Stimmenanteil von 3,7 Prozent.

Die Memoranden, die Griechenland mit den Gläubigern unterzeichnet hatte, wurden von ANEL als illegal gebrandmarkt. Die Politiker, die diese Vereinbarungen unterzeichnet hatten, sollten ihre Immunität verlieren und vor Gericht gestellt werden. Dasselbe sollte für alle Verantwortlichen in der Verwaltung gelten. Hier taucht ein für Populisten typisches Argumentationsmuster auf: Führende Politiker werden persönlich für Krisen verantwortlich gemacht. Es ist die politische Elite und sind nicht komplexere ökonomisch-politische Konstellationen, die Krisen verursachen. Wenn es um die EU geht, dann wird Solidarität postuliert – aber als Einbahnstraße. Die Partner sind verpflichtet, Griechenland beizustehen und sollen die in Griechenland entstandenen Schulden schlicht abschreiben. Griechenland selbst hat dagegen keine Verantwortung für die Krise zu übernehmen und muss sich auch nicht auf Rückzahlung der Schulden verpflichten. Neben der heimischen Elite werden internationale Spekulanten als Urheber der Krise in Griechenland ausgemacht. Verschwörungstheorien haben Konjunktur.

ANEL bedient nationalistische Vorbehalte. Die Vorstellung, dass Griechenland ein multikulturelles Land werden könnte, trifft auf scharfe Ablehnung. Einwanderung gilt es zu reduzieren, die kulturelle Homogenität zu erhalten. Um ANEL hier im Vergleich mit den anderen Parteien zu verorten, wird auf eine jüngere Forschungsarbeit von Vassiliki Georgiadou zurückgegriffen.¹² Wenn es um Multikulturalismus und Immigration geht, wird ANEL in der ablehnenden Haltung nur von der Goldenen Morgenröte übertroffen, wie Tabelle 1 zeigt. Im „rechten Lager“, bei Neuer Demokratie, ANEL und Goldener Morgenröte, wird eine große Übereinstimmung deutlich, wenn es um Betonung der nationalen Identität geht. ANEL ist bei dem Thema Multikulturalität sogar ein wenig gelassener. Als es allerdings im griechischen Parlament im Juni 2015 darum ging, ein Gesetz zur Einbürgerung von Migranten der zweiten Generation zu verabschieden, hat dem ANEL nicht zugestimmt. SYRIZA brauchte die Unterstützung der beiden Parteien PASOK und DIMAR, um das Gesetz durchzusetzen.¹³ Und um die Gläubiger unter Druck zu setzen, drohte Kammenos gar damit, Flüchtlinge, darunter auch Terroristen, nach Europa zu schicken: “If they decide a blow to Greece, then they should know the migrants will get papers to go to Berlin. If Europe leaves us in the crisis, we will flood it with migrants, and it will be even worse for Berlin if in that wave of millions of economic migrants will be some jihadists of the Islamic State too.”¹⁴ Auf der linken Seite des politischen Spektrums ist SYRIZA dem Fremden

¹¹ Vgl. Michael Freeden, *Ideologies and Political Theory*, Oxford 1998.

¹² Die Daten wurden nach der Wahl von 2012 und vor der Wahl von Januar 2015 erhoben. Vgl. Vassiliki Georgiadou, *Krise, aber nicht Unregierbarkeit: Das griechische Parteiensystem im Umbruch*, in: Ulf-Dieter Klemm/Wolfgang Schultheiß (Hrsg.), *Die Krise in Griechenland*, Frankfurt am Main 2015, S. 70-85.

¹³ Vgl. *Greekreporter.com*, 24.6.2015 (<http://greece.greekreporter.com/2015/06/24/greeces-migrant-naturalization-bill-expected-to-pass-in-principle-but-without-anel-support/>, Abruf 27.1.2017).

¹⁴ Nach *Greekreporter.com*, 28.3.2015 (<http://greece.greekreporter.com/2015/03/28/greek-defense-minister-visits-the-us-amid-controversy-caused-by-his-comments/#sthash.Xwod3jxs.dpuf>, Abruf 27.1.2017).

gegenüber am offensten eingestellt. DIMAR nähert sich dieser Positionierung an, während die sozialdemokratische PASOK etwas reservierter ist. Die Kommunisten schließlich sind beim Thema Immigration offen, während eine multikulturelle Gesellschaft auch für sie nicht unbedingt favorisiert wird.

Tabelle 1:

Haltung griechischer Parteien zu Multikulturalismus und Immigration¹⁵

	KKE	SYRIZA	DIMAR	PASOK	ND	ANEL	XA
Die Verleihung der griechischen Staatsbürgerschaft an Immigranten der zweiten Generation fördert die Zunahme der Immigration nach Griechenland	2	1	2	1	5	5	5
Immigranten ohne Aufenthaltserlaubnis müssen unmittelbar aus Griechenland abgeschoben werden	1	1	2	4	5	5	5
Die Multi-Kulturalität in Griechenland ist ein positives Phänomen	3	5	5	4	1	2	1

Erläuterung: 1 = absolut dagegen, 2 = dagegen, 3 = weder dafür noch dagegen, 4 = dafür, 5 = absolut dafür

Wenn es um „nationale Themen“ geht, steht in Griechenland die Mazedonienfrage ganz oben auf der Agenda. Es geht darum, ob der Nachbarstaat im Norden in seinem Namen den Begriff Mazedonien führen soll, was in Griechenland verneint wird, weil man ein Monopol auf diesen Namen reklamiert. Dieses Thema kann als Indikator für den Nationalismus genommen werden. Tut man dies, dann sind drei Parteien als ausgeprägt nationalistisch einzustufen: Neben der ANEL und der Goldenen Morgenröte auch die Neue Demokratie. Sie alle lehnen kategorisch ab, dass der ex-jugoslawische Nachbarstaat den Namen Mazedonien führt, selbst wenn er mit einem Suffix verbunden wird. Die übrigen Parteien würden diesen Kompromiss dagegen akzeptieren.¹⁶ So wie in der Mazedonienfrage ist ANEL auch dem traditionellen Kontrahenten Türkei besonders kritisch gegenüber eingestellt. Dasselbe gilt für Deutschland. Deutschland, so Parteiführer Kammenos, behandle Griechenland nicht als Partner, sondern als Lehrmeister. Es sei gerechtfertigt, von Deutschland Reparationszahlungen für das im Zweiten Weltkrieg erlittene Unrecht zu verlangen. Russland wiederum hat Kammenos als möglichen Partner zur Lösung der griechischen Schuldenkrise ins Spiel gebracht.

Wenn es um die EU geht, gibt es in Griechenland drei proeuropäische Parteien. Es sind dies die Neue Demokratie, die PASOK und DIMAR – Parteien, die auf der Grundlage der Wahlergebnisse von September 2015 (unter Einbeziehung der Anteile von Potami) gerade einmal auf 38,5 Prozent der Stimmen kommen. Nach der Analyse von Georgiadou sind diese Parteien unbedingt dafür, dass Griechenland Mitglied der EU bleibt.¹⁷ Die antieuropäischen Parteien am extremen politischen Rand, Kommunisten und Goldene Morgenröte, vertreten das genaue Gegenteil. Als europaskeptische Parteien bleiben SYRIZA und ANEL übrig. Sie äußern ein „weder dafür noch dagegen“, wenn es um die weitere Mitgliedschaft in der EU geht.

Bei einer Befragung von 74 Abgeordneten des Athener Parlaments im Jahr 2014 wird die Distanz von SYRIZA und ANEL zur EU deutlich. Gefragt ob die EU eine Bedrohung für das wirtschaftliche Wachstum Griechenlands darstelle, stimmen dem 94,7 Prozent der SYRIZA-Abgeordneten und 100 Prozent der ANEL-Kollegen zu. Im Durchschnitt der Abgeordneten aller Parteien sind es bloß 51,4 Prozent. Der Ansicht, dass Griechenlands Interessen in der EU nicht berücksichtigt werden, stimmen 100 Prozent der SYRIZA- und ANEL-Abgeordneten zu. Und dass Griechenland von der europäischen Integration profitiert hat, das verneinen 40,9 Prozent der Abgeordneten von SYRIZA und ANEL, während es im Durchschnitt aller Parteien nur 17,6 Prozent sind.¹⁸

Der extreme politische Rand: Kommunisten und Goldene Morgenröte

Der politische Diskurs wird in Griechenland auch von den extremen Parteien beeinflusst. Wenn es um Schuldenkrise oder Europa geht, nähern sich SYRIZA und KKE an. Beim Thema Immigranten tun dies ANEL und Goldene Morgenröte. Extreme Parteien können durchaus den jeweiligen Interpretationsrahmen verstärken. Dass SYRIZA als Regierungspartei gegenüber dem Euro eine Haltung des „weder noch“ einnimmt (Tabelle 2), ist schon bemerkenswert, erklärt allerdings auch, weshalb die radikaleren Kräfte in der Partei glauben, bei

¹⁵Gekürzt übernommen aus Vassiliki Georgiadou, *Krise...*, a.a.O. S. 76.

¹⁶Vgl. ebda., S. 76.

¹⁷Vgl. ebda., S. 80.

¹⁸Vgl. Yannis Tsirbas/Dimitri A. Sotiropoulos, *What do Greek political elites think about Europe and the crisis? An explanatory analysis*, London 2015, S. 19, 43 und 45 (<http://www.lse.ac.uk/europeaninstitute/research/hellenicObservatory/CMS%20pdf/Publications/GreeSE/GreeSE-No93.pdf>, Abruf 31.1.2017).

den Verhandlungen mit den Gläubigern volles Risiko eingehen zu können. Des Beifalls der Kommunisten kann man sich zumindest sicher sein. Bei der Frage, wie man es mit der Rückkehr zur Drachme hält, differenzieren sich die Positionen. Die Kommunisten sind uneingeschränkt dafür. Dass die Goldene Morgenröte und ANEL die Rückkehr zur nationalen Währung positiver beurteilen, lässt sich damit erklären, dass damit der Nationalismus bedient wird. Nationale Autonomie statt Multilateralismus und Interdependenz, das steht bei beiden Parteien hoch im Kurs. In diesem Umfeld ordnet sich dann auch SYRIZA nicht uneingeschränkt bei den proeuropäischen Parteien ein.

Tabelle 2:

Haltung zu Euro und nationaler Währung

	KKE	SYRIZA	DIMAR	PASOK	ND	ANEL	XA
Der Austritt aus dem Euro wird zur Bewältigung der wirtschaftlichen Krise beitragen	4	3	1	1	1	1	2
Die Rückkehr Griechenlands zur nationalen Währung wird effektiv zur Bewältigung der Krise beitragen	5	2	1	1	1	2	3

Erläuterung: 1 = absolut dagegen, 2 = dagegen, 3 = weder dafür noch dagegen, 4 = dafür, 5 = absolut dafür

Ein Großteil der Mitglieder und des Führungspersonals von SYRIZA war ursprünglich in der KKE. Die sowjetische Intervention gegen den Prager Frühling 1968 führte zur Spaltung der KKE. Es entstand die KKE-Inland, die sich eurokommunistisch orientierte und den Dogmatismus der KKE ablehnte. Viele dieser neuen Parteikader wechselten später zu SYRIZA.¹⁹ Die KKE, bereits 1918 gegründet, ist bis heute stark in den Gewerkschaften verankert. Viele der Arbeitskämpfe und politischen Demonstrationen, insbesondere auch gegen die Memoranden der Gläubiger wurden von der KKE initiiert und setzten SYRIZA unter Druck, selbst entsprechend offensiv und militant vorzugehen. Während SYRIZA auf eine grundlegende Umgestaltung der EU setzt, lehnt die KKE diese prinzipiell ab. Die EU lasse sich ebenso wenig wie der Kapitalismus reformieren. Die Machtübernahme der Arbeiterklasse bleibt das Ziel der KKE. Die Thesen des Marxismus-Leninismus werden weiterhin vertreten. Neben der EU werden auch NATO und die transatlantische Partnerschaft abgelehnt. Immigranten gegenüber nimmt die KKE eine positivere Haltung ein.

Das ist bei der Goldenen Morgenröte überhaupt nicht der Fall. Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit sind ihre hervorstechenden Merkmale.²⁰ Die Partei belässt es dabei nicht bei verbalen Attacken, sondern scheut auch nicht vor tätlichen Angriffen zurück. Spezialkräfte sollen gegen illegale Immigranten eingesetzt und der Gebrauch von Waffengewalt legitimiert werden. Marktverkäufer mit vermeintlichem Migrationshintergrund werden angegriffen. Lebensmittelausgaben gibt es nur für griechische Bürger. Im September 2013 wurde ein linker Aktivist von einem Mitglied der Goldenen Morgenröte erstochen. Der Parteivorsitzende und weitere führende Parteifunktionäre wurden wegen des Vorwurfs zur Bildung einer kriminellen Vereinigung verhaftet. Seit 2013 bekommt die Partei keine staatliche Förderung mehr. Gegründet wurde die Partei 1985. Die Partei muss nicht nur als rechtsextrem, sondern als neofaschistisch eingestuft werden. Führende Mitglieder nutzen den Hitlergruß und beziehen sich auf das Hitlerregime. Betont feindselig ist das Verhältnis zur Türkei und zum Nachbarstaat Mazedonien. Zypern soll allein von Griechen regiert werden. Die EU wird scharf abgelehnt.

Verbreitet wird die Auffassung vertreten, dass Krisen gleichsam zwangsläufig rechtsextreme Kräfte stärken. Mit Bezug auf Griechenland schreibt Georgiadou: „Heute, nach dem Ausbruch der Finanzkrise, ist das Vertrauen in die politischen Institutionen so stark zurückgegangen, dass sich rechtsextremes Gedankengut bei den Wählern der etablierten Parteien verbreiten konnte.“²¹ Das ist jedoch zu relativieren. Wie auf der Grundlage einer Auswertung empirischer Daten gezeigt werden konnte, ist die Krise keine hinreichende Erklärung für das Erstarken rechtsextremer Kräfte. Vielmehr haben sie nur dann eine größere Chance, wenn neben der Verunsicherung durch die Krise auch die Unzufriedenheit mit dem politischen System groß, der Nationalismus stark verbreitet und die xenophobe Einstellung populär ist. Das ist unter den Staaten Südeuropas besonders in Griechenland der Fall. Etwas weniger finden sich diese

¹⁹ Vgl. als Überblick Peter A. Zervakis, Das politische System Griechenlands, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, Wiesbaden 2006, S. 687-731; Vassilios Kapetanyannis, The Communists, in: Kevin Featherstone/Dimitris A. Katsoudas (Hrsg.), Political Change in Greece. Before and After the Colonels, London 1987, S. 145-173; Lazaros Miliopoulos, Extremismus in Griechenland, in: Eckhard Jesse/Tom Thieme (Hrsg.), Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden 2011, S. 149-166; Marioulas, Julian: Die griechische Linke, in: Birgit Daiber, Cornelia Hildebrandt, Anna Striethorst (Hrsg.), Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, Berlin 2010 (http://rosalux-europa.info/userfiles/file/Texte_52.pdf, Abruf 28.12.2017).

²⁰ Vgl. Vassiliki Georgiadou, Griechenland, in: Ralf Melzer/Sebastian Serafin (Hrsg.), Rechtsextremismus in Europa, Berlin 2013, S. 79-105; Antonis A. Ellinas, The Rise of Golden Dawn: The New Face of the Far Right in Greece, in: South European Society and Politics, 18 (2013) 4, S. 543-565; Dimitris Psarras, Neofaschisten in Griechenland. Die Partei Chrysi Avgi, Hamburg 2013; Alexandros Sakellariou, Golden Dawn and Its Appeal to Greek Youth, Berlin 2015.

²¹ Vassiliki Georgiadou, Griechenland, a.a.O., S. 80.

Parameter in Italien. In Spanien und Portugal ist das Fehlen rechtsextremer Kräfte auf die geringe Verbreitung der genannten Merkmale zurückzuführen.²²

Fazit

Es mag zunächst überraschen, dass sich im Januar 2015 ausgerechnet die linke SYRIZA mit der rechten ANEL auf eine Koalition zur Übernahme der Regierung einigen konnte, und dass dieses Bündnis bis heute Bestand hat, schließlich entstammt doch die eine Partei dem kommunistischen und die andere dem national-konservativen Lager. Die Erklärung liegt darin, dass es sich bei beiden Parteien um Varianten des Populismus handelt. Zwei Gründe sind maßgeblich:

Erstens haben Populisten wie oben erwähnt eine „dünne Ideologie“. Bei ANEL ist das noch mehr der Fall als bei SYRIZA. Unter diesen Umständen ist die Gefahr kollidierender Parteiprogrammatiken deutlich geringer. SYRIZA hat bis heute kein Programm. ANEL legt keinen Wert darauf, geht es der Partei doch vorrangig darum, Ämter und Ressourcen zu erobern. In der Zeit ihrer Mitgliedschaft in der Neuen Demokratie haben führende ANEL-Vertreter klientelistische Netzwerke aufgebaut, die man nur halten kann, wenn man seinen Wählern Vergünstigungen offerieren kann.²³ Für die Koalition genügte es augenscheinlich, dass sowohl SYRIZA als auch ANEL gegen die Memoranden der Gläubiger sind, dass sie die Notwendigkeit fiskalpolitischer Konsolidierung bis heute bestreiten, dass sie glauben, die Europartner unter Druck setzen zu können, weil ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone diese selbst zerstören könne, und dass für beide ein „äußerer Feind“, vorzugsweise Deutschland, gut geeignet ist, von inneren Problemen abzulenken.

Zweitens ist ANEL für SYRIZA ein relativ einfach zu handhabender Koalitionspartner. Aufgrund des schwachen Abschneidens bei Wahlen können die rechten Populisten nicht allzu viel Forderungen stellen. SYRIZA könnte je nach aktuellem Problem möglicherweise auch mit wechselnden Mehrheiten operieren und hat dies z. B. im Fall der Einbürgerung von Migranten getan (s.o.). Hier kann die Koalition auch dem Muster verfahren „Ablehnung, wenn Annahme gesichert“. Das heißt, ANEL kann gegen eine Regierungsvorlage stimmen, wenn andere Parteien die erfolgreiche Beschlussfassung garantieren.

SYRIZA war seit Januar 2015 durch oft heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen gekennzeichnet, was dazu geführt hat, dass der antikapitalistische, tendenziell kommunistische Flügel geschwächt wurde. SYRIZA nähert sich einem sozialdemokratischen Profil an, ohne die für Parteien dieses Typs ausgeprägt proeuropäische Orientierung zu übernehmen. Dass SYRIZA moderater geworden ist, liegt vor allem daran, dass die Partei „entzaubert“ worden ist, dass offenkundig geworden ist, dass ihre weit reichenden Wahlversprechen nicht einzuhalten waren. Auch wenn SYRIZA bei der letzten Wahl im September 2015 leichte Einbußen hinnehmen musste, so ist sie bis heute für eine Mehrheit der Griechen attraktiv. SYRIZAS und ANELs Europaskeptizismus kommt entgegen, was Griechen über die EU urteilen: 2008 hatten noch 41 Prozent der von Eurobarometer befragten Griechen ein „positives Bild“ von der EU, 2016 waren es bloß noch 17 Prozent.²⁴

TruLies Europe ist ein Projekt, das populistische und europaskeptische Aussagen dekonstruiert und auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft. Weitere Informationen zum Projekt sowie aktuelle Blogbeiträge und Kontaktmöglichkeiten für Seminare, Vorträge, Gastbeiträge etc. unter www.trulies-europe.de oder per Mail info@trulies-europe.de.

TruLies Europe ist ein Projekt von:

Gefördert von:



²² Vgl. mit entsprechenden Belegen Heinz-Jürgen Axt, Die Europawahl 2014 in Südeuropa. Rechtsextreme als Gewinner der Krise? In: Michael Kaeding/Nico Switek (Hrsg.), Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler, Wiesbaden 2015, S. 89-101.

²³ Vgl. ausführlich Heinz-Jürgen Axt, Klientelismus in Griechenland: ein veränderungsresistentes Phänomen? In: Roth, Klaus/Zeilepos, Ioannis (Hrsg.), Klientelismus in Südosteuropa, München (i. E.).

²⁴ Vgl. Eurobarometer 70 und 86 (<http://ec.europa.eu/COMMFrontOffice/publicopinion/index.cfm/Survey/index#p=1&instruments=STANDARD&surveyKy=832>, Abruf 30.1.2017).